

# Gewerkschaftspolitik in der Transformation

## Anmerkungen zum Forschungsstand

---

*Detlev Brunner*

Die Rolle der Gewerkschaften im Prozess der deutschen Vereinigung und in der sich anschließenden Transformationsphase der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft hat in der zeitgeschichtlichen Wissenschaft bislang wenig Aufmerksamkeit erfahren. Historische Forschung benötigt zwar einen zeitlichen Abstand zu ihren Untersuchungsgegenständen; sie ist nicht auf aktuelle Bestandsaufnahmen orientiert, sondern will Prozesse darstellen und analysieren. 25 Jahre sind jedoch ein Zeitraum, in der erste Bilanzen nicht nur möglich, sondern auch nötig sind.

Welche Bedeutung kam den Gewerkschaften beim angestrebten Ziel der »inneren Einheit« zu, welchen Einfluss konnten sie geltend machen? Welche integrierende Wirkung entfalteten sie beim Transfer des westdeutschen Systems industrieller Beziehungen und wie groß war (und ist) ihre Bindungskraft bei der Errichtung zivilgesellschaftlicher Strukturen in den neuen Bundesländern? Dies könnten Leitfragen für zeitgeschichtliche Projekte sein, die sich der Geschichte der deutschen Einheit und ihrer Folgen über die bislang erforschten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte hinaus widmen.

Der folgende Beitrag wird einige allgemeine Forschungslinien zur gewerkschaftlichen Geschichte ab 1989/90 skizzieren, sich aber den Schwerpunkten der diesem Band zugrunde liegenden Tagung entsprechend auf zwei Themen konzentrieren, die für die Transformationsphase von grundlegender Bedeutung waren: die gewerkschaftliche Tarifpolitik und die Position der Gewerkschaften zur Tätigkeit der für die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft zuständigen Treuhandanstalt.

## 1. Transformationsphase

Der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften haben auf die umwälzenden Ereignisse in der DDR seit Herbst 1989 zunächst zurückhaltend, teils auch verunsichert reagiert.<sup>1</sup> Der FDGB der DDR war in Agonie verfallen und in Auflösung begriffen. Bei den Belegschaften der Betriebe hatte er jegliches Vertrauen verloren. Die basisdemokratischen betrieblichen Initiativen und die sich in unterschiedlichem Grade reformierenden Gewerkschaften der DDR waren oftmals nur begrenzt handlungsfähig.<sup>2</sup> Doch die Realitäten der schnellläufigen Entwicklung in den Jahren 1989/90 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gewerkschaften in der Übergangsphase vom Herbst 1989 bis zur staatlichen Einheit im Oktober 1990 ein wichtiger Bestandteil des demokratischen Prozesses und – bei allen Provisorien und ungeklärten Kompetenzen – das Fundament sozialer Interessenvertretung waren.

Die Geschichte dieser Übergangsphase und des anschließenden gewerkschaftlichen Einigungsprozesses ist erst in Ansätzen geschrieben.<sup>3</sup> Neben der frühen Pionierstudie von Michael Fichter und Maria Kurbjuhn (1993) liegen Studien zu einzelnen Gewerkschaften vor, darunter Manfred Scharrers Monografie zum Aufbau der ÖTV in der DDR (Scharrer 2011).<sup>4</sup>

---

1 | Vgl. den Beitrag von Wolfgang Uellenberg-van Dawen in diesem Band (S. 45 ff.).

2 | Zu den betrieblichen Basisbewegungen vgl. den Beitrag von Renate Hürtgen in diesem Band (S. 69 ff.).

3 | Mit dem Band von Brunner/Hall 2014 wurde der Tagung »Einheit und Transformation« ein erinnerungsgeschichtlicher Ansatz präsentiert. Noch aus zeitaktueller Perspektive der frühen 1990er-Jahre liegt eine Reihe politik- und sozialwissenschaftlicher Arbeiten vor: Tiemann 1991; Schmitz/Tiemann/Löhrlein 1991; Müller/Wilke 1991. Der gewerkschaftliche Einigungsprozess ist dokumentiert in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1990a, insbesondere S. 376 ff.; Gewerkschaftliche Monatshefte 1990b, S. 785–807. Zum Aufbau des DGB in den neuen Bundesländern siehe DGB 1996; als zeitgenössische Wortmeldung eines Beteiligten aus dem Bereich des DGB siehe Seideneck 1991.

4 | Zu erwähnen sind ferner Arbeiten zur IG Bergbau und Energie (Müller 1998) und zur Geschichte der DAG, die die Phase des Einheitsprozesses mit umfasst (Müller 2011). Ein Überblick zum Gewerkschaftsaufbau ab 1990 findet sich auch in Artus 2001, S. 161–168. Eine regionale Perspektive nimmt Stamp (2007) ein, der

Die ab Herbst 1990 vollzogene organisatorische Einheit der deutschen Gewerkschaften war eine Grundvoraussetzung für die gewerkschafts- und tarifpolitischen Herausforderungen, vor die die Gewerkschaften im vereinten Deutschland gestellt waren. Insofern liefern die genannten Arbeiten zur Organisationsgeschichte wesentliche Grundlagen einer gewerkschaftlichen Geschichte von Einheit und Transformation. Allerdings werden zentrale Bereiche der Gewerkschaftspolitik, insbesondere die Tarifpolitik und die Frage der Mitbestimmung beim wirtschaftlichen Umbau, in diesen Studien wenn überhaupt nur marginal behandelt (Scharer 2011: 127–131).

Wie erfolgreich, und das heißt besonders, wie sozial »verträglich« die Transformation gestaltet wurde, spielte eine zentrale Rolle in der Wahrnehmung nicht nur der gewerkschaftlich organisierten Erwerbstätigen, sondern der Gesellschaft ganz allgemein. Erfolg oder Misserfolg der Transformation entschied über die Akzeptanz des Einheitsprozesses. Dies gilt auch für die Gewerkschaften selbst – wie effizient sie als Interessenvertretung aus der Sicht ihrer Mitglieder und der Beschäftigten insgesamt agierten, war für das Vertrauen in die Gewerkschaften und damit wiederum für ihre Handlungsmacht von grundlegender Bedeutung.

Die Erwartungen an die Gewerkschaften waren dabei hoch. Konkret ging es um die möglichst schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse an das Niveau in den alten Bundesländern, ein Versprechen, das Bundeskanzler Helmut Kohl wiederholt gegeben hatte.<sup>5</sup> Es ging insbesondere um die Frage der Löhne und Gehälter sowie um den Strukturwandel der ostdeutschen Wirtschaft, der in Kontrast zu den optimistischen Prognosen stand und, wie sich bald zeigen sollte, mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit verbunden war.

---

im letzten Kapitel seiner Monografie ausführlich auf die Geschichte der IG Metall in Mecklenburg-Vorpommern seit der »Wende« eingeht.

5 | »Wir wollen die wirtschaftliche Einheit, das heißt angegliche Lebensverhältnisse in möglichst kurzer Zeit. Und ich bleibe bei meiner Prognose. Dieses Ziel können wir in drei, vier, fünf Jahren erreichen.« (Helmut Kohl in einer Rede vor Belegschaftsmitgliedern der Buna-Werke in Schkopau am 10. Mai 1991; Kohl 1991)

## 2. Tarifpolitik

Die (sozial-)historische Wissenschaft hat sich diesem Thema bislang so gut wie gar nicht gewidmet. Zur Tarifgeschichte im vereinten Deutschland der 1990er-Jahre und zur Tarifpolitik der Gewerkschaften liegen jedoch aus dem Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung einige wegweisende Studien vor. Neben den umfassenden Dokumentationen und Forschungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, insbesondere von Reinhard Bispinck<sup>6</sup>, sind die Projekte hervorzuheben, die seit 1993 am Institut für Soziologie der Universität Jena zur Tarifpolitik in Ostdeutschland durchgeführt wurden und aus denen mehrere Publikationen hervorgegangen sind (darunter Artus/Schmidt/Sterkel 2000; Artus 2001).

Auffallend ist, dass nach einem ersten sozialwissenschaftlichen Boom in den 1990er-Jahren das Interesse an gewerkschaftlicher Tarifpolitik stark abgenommen hat. Eine Zäsur bildet der verlorene Streik der IG Metall um die Einführung der 35-Stunden-Woche in den neuen Bundesländern im Jahr 2003. Danach, so Stephan Meise, war das Thema Gewerkschaften im Osten Deutschlands aus den Medien wie auch aus der Wissenschaft weitgehend verschwunden (Meise 2010: 215).

Die Konzentration der Forschung in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren ist allerdings nachvollziehbar. In diesen Jahren nach dem Vollzug der staatlichen Einheit fand der institutionelle Transfer des westdeutschen Tarifsystems in die neuen Bundesländer statt, und in dieser Zeit wurden auch die Konflikte um die Angleichung der Löhne und Gehälter ausgetragen. Damit sind zwei Grundfragen genannt, die in den erwähnten Forschungen untersucht wurden:

- Zum einen: Wie erfolgreich konnte das westdeutsche Tarifsystem auf das Gebiet der ehemaligen DDR übertragen werden? War eine solche Übertragung überhaupt sinnvoll?
- Zum zweiten: Wie weit war die Tarifpolitik durch »westliche« Funktionäre dominiert, sowohl was die Gewerkschafts- als auch was die Arbeit-

---

6 | Vgl. Bispinck 1995; Bispinck 1998 sowie die jeweiligen Kapitel zu »Tarifpolitik und Arbeitskämpfen« in den Gewerkschaftsjahrbüchern (u. a. Kittner 1991; Kittner 1993; Kittner 1994).

geberseite betrifft? Und damit zusammenhängend: Welche Gestalt nahm das Tarifsysteem unter ostdeutschen Bedingungen an?

Ein übereinstimmender Befund lautet: Der Transfer »des westdeutschen Institutionensystems im Bereich industrieller Beziehungen« in die neuen Bundesländer sei schnell, formal erfolgreich und effektiv erfolgt (Artus 2001: 179 u. a.). Dieser mit großem Ressourcenaufwand betriebene Transfer habe jedoch nur in den größeren ostdeutschen Betrieben dem Westen vergleichbare Strukturen geschaffen. Anders sei die Situation in dem vorwiegend kleinbetrieblichen Wirtschaftsgefüge der neuen Bundesländer. Man kann daher von einer Spaltung in »einen Gewerkschafts- und einen gewerkschaftsfreien Sektor in Ostdeutschland« sprechen (Schroeder/Weißels 2003: 23–25, Schroeder 2014: 36).

Die kleinbetriebliche Struktur war eine Folge des Umbaus der ostdeutschen Wirtschaft im Zuge der Transformation und eine der ostdeutschen Rahmenbedingungen, die von jenen der alten Bundesrepublik abwichen. Bei der Ausgestaltung des Tarifsystems kamen jedoch noch weitere Faktoren zum Tragen, die mit dem »realsozialistischen Erbe« der DDR (Artus 2001: 143) zusammenhingen – der Betrieb als Aushandlungsort unterhalb der »offiziellen« Ebene und der Planvorgaben, ein weniger auf Konfrontation denn auf Harmonie angelegtes Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Belegschaftsvertretung (Artus 2001: 142 ff.) waren Prägungen, die in die Zeit nach der »Wende« nachwirkten und dazu führten, dass das »deutsche Modell«, beruhend auf dem Dualismus betrieblicher Mitbestimmung einerseits und der Tarifparteien in Form von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden andererseits, im Osten Deutschlands eine andere Gestalt annahm. Das Stichwort lautet »Verbetrieblichung«, also die Verlagerung der Aushandlung der Arbeitsbedingungen auf die Ebene des Betriebes und damit einhergehend eine nur lose Verbindung der Tarifverbände mit dieser Ebene (Artus 2001: 17).

Diese im Osten Deutschlands beobachtete Tendenz wurde im Hinblick auf das deutsche Tarifsysteem insgesamt kritisch betrachtet und als Bedrohung für Tarifbindung und Flächentarif angesehen. Reinhard Bispinck bilanzierte 1995 ein Tarifsysteem »im Umbruch«: Zwar sei es im Osten Deutschlands erstaunlich schnell gelungen, »ein funktionierendes Tarifsysteem zu etablieren«, doch der Weg zur Tarifunion zwischen West- und Ostdeutschland sei steiniger als erwartet. Vor allem stehe der in Jahrzeh-

ten in der alten Bundesrepublik gewachsene Grundkonsens über Sinn und Zweck des Tarifsystems zunehmend zur Disposition. Angesichts beständiger Kritik an »Überregulierung«, mangelnder Flexibilität und unzureichender Differenziertheit gewannen bei Unternehmern Alternativen zum Flächentarifvertrag an Attraktivität (Bispinck 1995: 25 f.).

Einen möglichen Beleg für die befürchtete Aufkündigung des tarifpolitischen Grundkonsenses bot die Geschichte des Metalltarifvertrages von 1991. Dieser von westdeutschen Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern geschlossene Tarifvertrag sah eine stufenweise Angleichung der Ostlöhne an das Niveau des bayerischen Tarifvertrages bis 1994 vor – eine Vereinbarung, die von beiden Tarifparteien als Erfolg angesehen wurde, galt es doch, die weitere Binnenmigration von Ost nach West einzudämmen und, auch aus Arbeitgebersicht, eine Billiglohnkonkurrenz in Form eines Niedriglohnssektors im Osten Deutschlands zu vermeiden. Nachdem die Arbeitgeberseite diesen Tarifvertrag 1992 vor dem Hintergrund der sich bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 abzeichnenden Transformationskrise einseitig gekündigt hatte, mündete die Tarifaufeinandersetzung in den Metallarbeiterstreik im Frühjahr 1993.<sup>7</sup>

In der Tat zerbrach der anfängliche Konsens über das Ziel der möglichst zügigen Lohnangleichung im Zeichen der Krise. Ingrid Artus konstatiert als weitere Phasen eine tarifpolitische Wende und partielle Neubestimmung, die zu einer Verlangsamung der Angleichung und zu neuen Instrumenten im Hinblick auf betriebliche Abweichungen vom Flächentarifvertrag führten (Artus 2001: 168). Dienten die neuen Länder also als »Laboratorium des Neuen«, wie es Bundespräsident Roman Herzog 1994 formulierte (Herzog 1994), als Experimentierfeld für die »Flexibilisierung« von Arbeitsbeziehungen, für die Auflockerung oder gar Auflösung eines Grundelements der tarifpolitischen Beziehungen in der Bundesrepublik? Wolfgang Schroeder wies diese These 2000 zurück: Ostdeutschland sei »trotz vieler Abweichungen, die vor allem mit der klein- und mittelständischen Industriestruktur zusammenhängen, kein Laboratorium, in dem ein neues Muster industrieller Beziehungen entsteht, das den historisch gewachsenen Pfad des westdeutschen Modells verlässt« (Schroeder 2000).

---

7 | Ausführlich zu diesem Streik und seinen Hintergründen siehe den Beitrag von Lothar Wentzel in diesem Band (S. 169 ff.).

Die in der ersten Phase stark westdeutsch dominierte Tarifpolitik der Gewerkschaften (und Arbeitgeberverbände) hat sich, so der Befund, unter den ostdeutschen Bedingungen gewandelt; dabei werden gewerkschaftliche Anpassungsprozesse konstatiert (Artus 2001: 179 u. a.), die jedoch keineswegs als negativ eingeschätzt werden (Meise 2010: 216 u. a.). Im Gegenteil böten derartige Anpassungen an die ostdeutschen Strukturen die Möglichkeit erneuter gewerkschaftlicher Handlungsoptionen, von einer »völligen Erosion« der gewerkschaftlichen Organisationsmacht könne nicht die Rede sein – allerdings bestehen grundlegende Probleme wie die starke Fragmentierung der Tariflandschaft im Osten und die Existenz weitgehend gewerkschaftsfreier Zonen weiterhin (Meise 2010: 216, 219 u. a.).<sup>8</sup>

Die Ambivalenz dieser Befunde lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die formale Übertragung des westdeutschen Tarifsystems auf die ostdeutschen Länder traf auf Bedingungen, die im Zuge der Transformation, aber auch angesichts weiterwirkender realsozialistischer Prägungen Gestalt und Charakter des Tarifwesens veränderten. Seitens der in den höheren Funktionärebeneen zunächst westdeutsch dominierten Gewerkschaften waren offenkundig ebenfalls Transformationsleistungen gefordert, die in Anpassungsprozessen (»regulierte Flexibilisierung«; Artus 2001: 176) mündeten. Damit war zwar die Aufgabe anfänglicher Ziele verbunden (schnelle Angleichung der Löhne), aber auch die Möglichkeit erneuter Handlungsmacht.

Begleitet waren diese Anpassungsprozesse allerdings von massivem öffentlichen Druck und Forderungen nach »Flexibilisierung«, von Kritik an gewerkschaftlicher »Hochlohnpolitik« bis hin zu Diskursen, die die Notwendigkeit von Gewerkschaften zur Disposition stellten. Der sich in den 1990er-Jahren und nach der Jahrtausendwende in Wirtschaft und Politik als Mainstream durchsetzende Neoliberalismus mit seinen Forderungen nach »Flexibilisierung« traf sich mit ostdeutschen Strukturen, die aufgrund einer völlig entgegengesetzten Prägung ebenfalls eine »Verbetrieblichung« und damit tendenzielle Abkehr von Flächen- bzw. Branchentarifverträgen favorisierten – waren die ostdeutschen Länder also doch ein »Laboratorium des Neuen«?

---

**8** | Wobei sich der prozentuale Anteil der Beschäftigten mit Flächentarifbindung im Osten nach deutlichen Rückgängen in den 1990er- und 2000er-Jahren im laufenden Jahrzehnt auf niedrigem Niveau konsolidiert hat, vgl. Ellguth/Kohaut 2016: 286.

### 3. Treuhandanstalt

Ein solches Laboratorium waren sie in jedem Fall bei der Transformation des Wirtschaftssystems und den dabei angewandten Instrumenten. Eine derartige Umwandlung einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft war in der Geschichte ohne Beispiel – zwar transformierten auch die übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten des ehemaligen Ostblocks ihre Wirtschaft, aber in deutlich langsameren Tempo und vor allem unter gänzlich anderen Bedingungen. Nur die DDR vereinigte sich mit einem kapitalistischen Staat, der zudem eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt aufwies.

Für die Transformation der DDR-Planwirtschaft war die 1990 in der noch bestehenden DDR gegründete Treuhandanstalt zuständig. Ihr Wirken wurde und wird kritisch eingeschätzt, Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit werden als Folgen genannt. Dies kann hier nicht ausführlicher problematisiert werden. Ein Aspekt soll für die Einschätzung der Treuhandpolitik jedoch hervorgehoben werden, nämlich die Frage nach Mitbestimmung und Demokratie und damit auch die Frage nach den Handlungsspielräumen der Gewerkschaften. Es ging um nichts weniger als den Umbau eines kompletten Wirtschaftssystems, um mehr als 8.500 Betriebe mit etwa 4 Millionen Beschäftigten. Dem 23-köpfigen Verwaltungsrat der Treuhand – eine Art Aufsichtsrat des Vorstandes – gehörten auch vier Vertreter der Gewerkschaften an. Eine kritisch-sachliche Gesamtbewertung der Treuhandpolitik steht ebenso aus wie eine differenzierte Untersuchung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Treuhandanstalt.<sup>9</sup>

Im April 2011 fand eine Tagung zum Thema »Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften« statt (Plener 2011). Der Tenor dieser Veranstaltung lag auf einer kritischen Bestandsaufnahme; die Versäumnisse der DGB-Gewerkschaften bei der Demokratisierung der Wirtschaft in den neuen Ländern, vor allem ihre Abkehr von einstigen wirtschaftsdemokratischen Forderungen, wurden betont. Der Erfolg einer »wirtschaftsdemokratischen« Strategie muss angesichts der politischen und ökonomischen Realitäten und Machtverhältnisse in den frühen 1990er-Jahren aber kritisch beurteilt werden. Wer hätte eine solche wirt-

---

9 | Umso mehr sind die Beiträge von Marcus Böick (S. 109 ff.) und Roland Issen (S. 131 ff.) zu begrüßen.

schaftsdemokratische Bewegung tragen sollen? Die angesichts des Tempos der Ereignisse kaum vorbereiteten DGB-Gewerkschaften, die in Reformprozessen befindlichen Gewerkschaften in der DDR oder schließlich die selbst einen Transformationsprozess durchlaufenden vereinten deutschen Gewerkschaften ab Ende 1990?<sup>10</sup>

Die Frage nach der defizitären demokratischen Partizipation bei den Entscheidungen der Treuhand und deren mangelhafter Transparenz bleibt dennoch virulent. Welche Positionen die Gewerkschaften jenseits ihrer sozialpolitisch wahrgenommenen Verantwortung (Erhalt von Arbeitsplätzen, sozialverträgliche Absicherung von Arbeitslosigkeit) zum Problem der Mitbestimmung einnahmen, muss untersucht werden.

Zu prüfen wäre unter anderem die Aussage von Dieter Scholz, ab 1991 Leiter des Treuhand-Verbindungsbüros der IG Metall, auf der erwähnten Tagung im April 2011, dass weder die Gewerkschaften der noch existierenden DDR noch die Gewerkschaften der Bundesrepublik in der Phase des Aufbaus der Treuhand im Frühjahr/Sommer 1990, in der die Weichen für Privatisierung anstelle Erhalt des »Volksvermögens« gestellt worden seien, Einfluss auf diesen Prozess gehabt hätten. Auch in der folgenden Phase vom Oktober 1990 bis Frühjahr 1991 sei die Politik der schnellen Privatisierung »angesichts eines gewerkschaftsfreien Raumes« erfolgt. »Viele, viele Privatisierungen« seien »absolut mitbestimmungsfrei über die Bühne gegangen« (Plener 2011: 123).

Erinnerungen Beteiligter<sup>11</sup> zeigen noch eine weitere Dimension: Nach der Erfahrung der friedlichen Revolution, dass Engagement und basisdemokratische Initiative Erfolge zeitigen können, erzeugte die Exklusivität, mit der die Treuhandanstalt Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz traf, Frustration – ein möglicher Hintergrund für die geringere Verankerung demokratischer Haltungen in den östlichen Bundesländern? Auch dies wäre ein zukünftiges Forschungsthema.

Wolfgang Schroeder bilanzierte in beiden Auflagen des von ihm herausgegebenen »Handbuchs Gewerkschaften in Deutschland«, dass die Ge-

10 | Zu »Wirtschaftsdemokratie« und Kritik an den DGB-Gewerkschaften siehe auch Roesler 2005.

11 | Vgl. u. a. die Beschreibungen von Peter Schulze, 1992 Geschäftsführer der IG Bau-Steine-Erden in Magdeburg, in Brunner/Hall 2014: 122–125.

werkschaften von der Gleichzeitigkeit der Prozesse der Transformation, der Globalisierung und der Europäisierung »überfordert« gewesen seien (Schroeder 2014: 36; Schroeder/Weßels 2003: 24). Auch dies gilt es, in die Bewertung der Gewerkschaftspolitik in der Phase der Transformation ab 1990/91 mit einzubeziehen.

Aktuelle Studien aus der Otto-Brenner-Stiftung zeichnen eine bei aller Vorsicht positive Perspektive. Es scheint wieder aufwärts zu gehen mit der gewerkschaftlichen Organisationsmacht in Ostdeutschland (Goes et al. 2015). Mitgliederzuwachs, neue Impulse der Mitbestimmung in den Betrieben – die Gewerkschaften werden gerade für jüngere Beschäftigte wieder attraktiv. Wie nachhaltig diese Entwicklung ist, steht dahin. Dass mit den zu beobachtenden Neuformierungen der industriellen Beziehungen und damit auch der Gewerkschaftsarbeit in den neuen Bundesländern keine Erosion der Gewerkschaftsorganisationen einhergehen musste, scheint sich jedoch zu bestätigen.

Die Politik der Gewerkschaften in der Transformationsphase und ihre Folgen sind ein Forschungsfeld mit vielen Lücken, dessen sich die Geschichtswissenschaft im Sinne interdisziplinärer Forschung zusammen mit den Sozialwissenschaften verstärkt und nicht nur zu Jubiläumszeiten annehmen sollte.

## Literatur und Quellen

- Artus, Ingrid (2001): *Krise des deutschen Tarifsystems. Die Erosion des Flächentarifvertrages in Ost und West*, Wiesbaden 2001
- Artus, Ingrid/Schmidt, Rudi/Sterkel, Gabriele (2000): *Brüchige Tarifrealität. Der schleichende Bedeutungsverlust tariflicher Normen in der ost-deutschen Industrie*, Berlin 2000
- Bispinck, Reinhard (1995): *Tarifpolitik in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Eine zwiespältige Bilanz*, in: Reinhard Bispinck (Hg.): *Tarifpolitik der Zukunft. Was wird aus dem Flächentarifvertrag?* Hamburg 1995
- Bispinck, Reinhard (1998): *Der schleichende Umbau des Tarifsystems. Eine empirische Bestandsaufnahme*, in: Berndt Keller/Hartmut Seifert (Hg.): *Deregulierung am Arbeitsmarkt. Eine empirische Zwischenbilanz*, Hamburg 1998

- Brunner, Detlev/Hall, Christian (2014): Revolution, Umbruch, Neuaufbau. Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR, Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft 4, Berlin 2014
- DGB (1996): Deutschland – einig Gewerkschaftsland. Der Aufbau des DGB im Osten, Redaktion und Reportagen: Dieter Schmidt und Astrid Brand, Düsseldorf 1996
- Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2016): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2015, in: WSI Mitteilungen 69, H. 4, S. 283–291
- Fichter, Michael/Kurbjuhn, Maria (1993): Spurensicherung. Der DGB und seine Gewerkschaften in den neuen Bundesländern 1989–1991, HBS-Manuskripte 120, Düsseldorf 1993
- Gewerkschaftliche Monatshefte (1990a): Auf dem Weg zur deutschen Einheit, Themenheft, Gewerkschaftliche Monatshefte 41, H. 5/6
- Gewerkschaftliche Monatshefte (1990b): Der Prozeß der gewerkschaftlichen Einheit, Dokumentation, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 41, H. 12, S. 785–807
- Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel/Dörre, Klaus (2015): Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 83, Frankfurt am Main 2015
- Herzog, Roman (1994): Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog bei einem Festakt aus Anlaß des Tages der Deutschen Einheit im Congress-Centrum Bremen, 3. Oktober 1994, [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1994/10/19941003\\_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1994/10/19941003_Rede.html) (Abruf am 18.2.2017)
- Kittner, Michael (Hg.) (1991): Gewerkschaftsjahrbuch 1991. Daten – Fakten – Analysen, Köln 1991
- Kittner, Michael (Hg.) (1993): Gewerkschaftsjahrbuch 1993. Daten – Fakten – Analysen, Köln 1993
- Kittner, Michael (Hg.) (1994): Gewerkschaften heute. Jahrbuch für Arbeitnehmerfragen 1994, Köln 1994
- Kohl, Helmut (1991): Rede vor den Mitarbeitern der Buna-Werke in Schkopau, 10. Mai 1991, [www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu\\_sel=17&menu\\_sel2=&menu\\_sel3=&menu\\_sel4=&msg=1393](http://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu_sel=17&menu_sel2=&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=1393) (Abruf am 18.2.2017)
- Meise, Stephan (2010): Regionale Gewerkschaftspraxis in Ostdeutschland 20 Jahre nach der »Wende«: eine Fallstudie, in: Industrielle Beziehun-

- gen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management 17, H. 2, S. 214–231
- Müller, Hans-Peter (1998): Gewerkschaftsvereinigung – Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im deutschen Vereinigungsprozeß, in: Karl Eckart/Jens Hacker/Siegfried Hampel: Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin 1998, S. 537–559
- Müller, Hans-Peter (2011): Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB. Geschichte der DAG 1947–2001, Baden-Baden 2011
- Müller, Hans-Peter/Wilke, Manfred (1991): Zwischen Solidarität und Eigennutz. Die Gewerkschaften des DGB im deutschen Vereinigungsprozeß, Melle 1991
- Plener, Ulla (Hg.) (2011): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994), Tagung vom 2. April 2011 in Berlin, Beiträge und Dokumente, Berlin 2011
- Roesler, Jörg (2005): Die kurze Zeit der Wirtschaftsdemokratie. Zur »Revolution von unten« in Kombinat und Betrieben der DDR während des 1. Halbjahres 1990, Berlin 2005
- Scharrer, Manfred (2011): Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin 2011
- Schmitz, Kurt Thomas/Tiemann, Heinrich/Löhrlein, Klaus (1991): Mitgliederentwicklung: Gewerkschaftseinheit und Gewerkschaftsaufbau in Deutschland, in: Michael Kittner (Hg.): Gewerkschaftsjahrbuch 1991. Daten – Fakten – Analysen, Köln 1991, S. 70–89
- Schroeder, Wolfgang (2000): Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland. Zwischen Eigensinn und Paternalismus, Veröffentlichungsreihe der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel des Forschungsschwerpunktes Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Berlin 2000
- Schroeder, Wolfgang (2014): Gewerkschaften im Transformationsprozess. Herausforderungen, Strategien und Machtressourcen, in: Wolfgang Schroeder (Hg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, Wiesbaden 2014, S. 13–45
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (2003): Das deutsche Gewerkschaftsmodell im Transformationsprozess. Die neue deutsche Gewerkschafts-

- landschaft, in: Wolfgang Schroeder/Bernhard Weißels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003, S. 11–37
- Seideneck, Peter (1991): Die soziale Einheit gestalten. Über die Schwierigkeiten des Aufbaus gesamtdeutscher Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41, H. 13, S. 3–11
- Stamp, Friedrich (2007): Im Wandel solidarisch bleiben. Geschichte der Metallarbeiter und ihrer Gewerkschaften in Mecklenburg und Pommern, Hamburg 2007
- Tiemann, Heinrich (1991): Gewerkschaftseinheit in Deutschland. Wege und Strategien, in: Frank Löbler/Josef Schmid/Heinrich Tiemann (Hg.): Wiedervereinigung als Organisationsproblem. Gesamtdeutsche Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden, Bochum 1991, S. 111–124

